

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Ministerpräsident Armin Laschet
Ministerin Yvonne Gebauer
Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW
Völklinger Str. 49
40221 Düsseldorf

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 4. November 2020
jf/gt/S.2-112

Offener Brief zur Ablehnung des „Solinger Wegs“ und der Aufteilung von Schulklassen in Präsenz- und Distanzunterricht

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet,
sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,

mit großem Bedauern und Enttäuschung haben wir von Ihrer Entscheidung erfahren, dass der „Solinger Weg“ zur Aufteilung von Schulklassen in Präsenz- und Distanzunterricht zunächst für unzulässig erklärt und die Stadt angewiesen wurde, ihr Konzept zurückzunehmen.

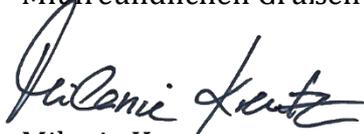
Wir halten das dort vorgeschlagene Konzept für einen guten Vorstoß, um in Städten mit besonders hohen Infektionszahlen Schulschließungen zu verhindern und auch im Teillockdown allen Schülerinnen und Schülern den durchgehenden Unterrichtsbesuch zu ermöglichen. Wir können zur Zeit noch nicht abschätzen, inwiefern die neuen Maßnahmen für den November zu einem deutlichen Rückgang der Infektionszahlen führen werden. Von daher ist es unabdingbar, den Kommunen einen eigenständigen Handlungsspielraum beizumessen, um flexible und passgenaue Lösungen für die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten und Besonderheiten zu finden.

Mit Ihrer Entscheidung den „Solinger Weg“ so kurzfristig abzusetzen haben Sie sämtlichen Kommunen in NRW das Signal gegeben, dass verantwortungsbewusster und vorausschauender Umgang während der Corona-Pandemie unerwünscht und unnützlich ist. Das RKI empfiehlt bereits ab einem Inzidenzwert von 50 verkleinerte Lerngruppen in Schulen einzusetzen. Solingen befindet sich bei einem Inzidenzwert von über 280 und Sie verwehren dort die Umsetzung genau dieser Empfehlung.

Wir dürfen in diesen schweren Zeiten unseren Kindern ihr Recht auf Bildung nicht verwehren. Dementsprechend müssen Schulschließungen um jeden Preis abgewendet werden. Es gibt mittlerweile genügend Möglichkeiten, um allen Schülerinnen und Schülern gleichberechtigte Teilhabe an online und offline Lerninhalten zugänglich zu machen. Die Kommunen brauchen nun Rückendeckung und Unterstützung von der Landesregierung, um diese Möglichkeiten in den Schulalltag einzupflegen und passgenaue Lösungen zu implementieren.

Wir appellieren daher, dass Sie Ihre Position bezüglich der Aufteilung von Schulklassen im Präsenz- und Distanzunterricht überdenken und schnellstmöglich einen Rahmen schaffen in dem Aufteilung der Klassen auf Präsenz- und Distanzunterricht und weitere Maßnahmen möglich sind, um die Infektionsgefahr im Schulbetrieb merklich zu reduzieren. Kommunen und Landesregierung müssen in diesen Zeiten an einem Strang ziehen und dürfen sich nicht blockieren. (Partei-)politische Machtspiele haben keine Relevanz, wenn es um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger geht.

Mit freundlichen Grüßen



Milanie Kreuz
Fraktionsvorsitzende



Alexander Finke
Schulpolitischer Sprecher